



Belehrung über den Datenschutz bei der Bearbeitung waffen- und sprengstoffrechtlicher Verfahren

Nach Art. 6 Abs. 1 e) Datenschutz-Grundverordnung i.V.m. § 43 Waffengesetz (WaffG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 2002, zuletzt geändert durch Art. 1 Zweites Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes und weiterer Vorschriften vom 30. Juni 2017 und i.V.m. § 8 Sprengstoffgesetz (SprengG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002, zuletzt geändert durch Art. 1 Fünftes Änderungsgesetz vom 11. Juni 2017, darf die zuständige öffentliche Stelle personenbezogene Daten von Personen erheben, soweit die Daten zur Prüfung der Zuverlässigkeit und der persönlichen Eignung erforderlich sind. Erforderlich können insbesondere Daten sein aus bereits abgeschlossenen oder sonst anhängigen Straf- oder Bußgeldverfahren.

Die erhobenen Daten werden für die weitere Verwendung gemäß § 4 des Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts und sonstiger Vorschriften an die Verordnung (EU) 2016/679 sowie gemäß § 3 Nationales-Waffenregister-Gesetz (NWRG) gespeichert.

Die für die Erteilung waffen- und sprengstoffrechtlicher Erlaubnisse zuständige Stelle hat die erstmalige Erteilung einer waffen- oder sprengstoffrechtlichen Erlaubnis gemäß § 44 WaffG und gemäß § 39 a SprengG der zuständigen Meldebehörde mitzuteilen.

Einwilligung:

Ich erkläre mich einverstanden, dass die Abwicklung des Verfahrens auch per E-Mail erfolgt.

Hinweis:

Die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers